

Stadt Braunschweig

Der Oberbürgermeister

Protokoll

Sitzung des Ausschusses für Soziales und Gesundheit

Sitzung: Montag, 08.02.2016

Ort: Rathaus, Großer Sitzungssaal, Platz der Deutschen Einheit 1, 38100 Braunschweig

Beginn: 14:00 Uhr

Ende: 17:00 Uhr

Anwesend

Vorsitz

Frau Annette Schütze - SPD

Mitglieder

Herr Claas Merfort - CDU

Herr Kai-Uwe Bratschke - CDU

Herr Michael Ehbrecht - CDU

Frau Kate Grigat - SPD

Herr Karl Grziwa - CDU

Vertretung für: Frau Friederike Harlfinger

Frau Annette Johannes - SPD

Frau Jutta Plinke - B90/GRÜNE

Herr Peter Rosenbaum - BIBS

Frau Susanne Schmedt - B90/GRÜNE

Herr Udo Sommerfeld - DIE LINKE.

Frau Claudia Jonda - Piratenpartei

Herr Michael Baumgart - B90/GRÜNE

Herr Dr. Burkhard Budde -

Herr Arnim Graßhoff -

Frau Christine Wolnik -

Herr Heinz Kaiser - Vertreter Vorstand des Behindertenbeirat

Herr Norbert Velten - Sprecher ABW

Herr Dr. Günter Weinhausen - Vorsitzende/r des Seniorenrates

Verwaltung

Frau Dr. Andrea Hanke - Dezernentin V

Herr Martin Klockgether – FBL 50

Frau Claudia Barget – FB 50

Frau Marion Becker – FB 50

Frau Birgitt Glaser – FB 50
Herr Marcus Schumann – FB 50
Herr Lucas Kupfer – FB 50
Herr Ron Dießner – FB 50
Frau Michaela Springhorn – FB 65

Abwesend

Mitglieder

Frau Friederike Harlfinger - CDU	entschuldigt
Frau Christiane Jaschinski-Gaus - SPD	entschuldigt

Tagesordnung

Öffentlicher Teil:

- 1 Eröffnung der Sitzung
- 2 Genehmigung von Niederschriften
- 2.1 Genehmigung des Protokolls der Sitzung vom 26.11.2015
- 2.2 Genehmigung des Protokolls der Sitzung vom 14.12.2015
- 3 Flüchtlingssituation
- 3.1 Flüchtlingsunterkünfte für 100 Personen (Typ A)
Objekt- und Kostenfeststellungsbeschluss 16-01505
- 4 Haushalt 2016 / Investitionsprogramm 2015 - 2019 16-01452
- 5 Braunschweiger Bürgerhaushalt 16-01515
- 6 Mitteilungen
- 6.1 Gemeinschaftliches Wohnen in Braunschweig - Konzept 16-01397
- 6.2 Einführung von Mietpreisbremse, Kappungsgrenze und Kündigungssperrfrist in Braunschweig durch das Land Niedersachsen 16-01457
- 7 Anträge
- 8 Anfragen

Protokoll

Öffentlicher Teil:

1. Eröffnung der Sitzung

Die Vorsitzende eröffnet die Sitzung, begrüßt die Anwesenden und stellt die Ordnungsmäßigkeit der Einladung fest.

Sie schlägt vor die Mitteilung unter TOP I.6.1 „Gemeinschaftliches Wohnen in Braunschweig – Konzept“ im Anschluss an den TOP 3 zu behandeln, weil zu der Thematik auch Haushaltsanträge vorliegen, die dadurch berührt seien.

Der Änderung der Tagesordnung wird entsprechend des Vorschlages von Ratsfrau Schütze zugestimmt.

2. Genehmigung von Niederschriften

2.1. Genehmigung des Protokolls der Sitzung vom 26.11.2015

Die Niederschrift wird ohne weitere Anmerkungen genehmigt.

Abstimmungsergebnis:

Ja: 11; Nein: 0; Enth.: 0

2.2. Genehmigung des Protokolls der Sitzung vom 14.12.2015

Die Niederschrift wird ohne weitere Anmerkungen genehmigt.

Abstimmungsergebnis:

Ja: 11; Nein: 0; Enth.: 0

3. Flüchtlingssituation

Frau Springhorn stellt die Flüchtlingsunterbringung in Modulbauweise vor und beantwortet im Anschluss die Nachfragen.

Die Präsentation ist dem Protokoll als Anlage beigefügt.

Frau Dr. Hanke berichtet zur derzeitigen Flüchtlingssituation, dass die Sporthalle Naumburgstraße in dieser Woche voll belegt sein wird. Ab nächste Woche erfolge dann die Unterbringung in der Sporthalle in Watenbüttel. Die Halle der Nibelungen-Realschule werde derzeit für die weitere Unterbringung vorbereitet. Parallel dazu werden geeignete Standorte für die Errichtung von Leichtbauhallen gesucht. Die Verwaltung werde kurzfristig die Gremien zum Sachstand informieren.

3.1. Flüchtlingsunterkünfte für 100 Personen (Typ A) Objekt- und Kostenfeststellungsbeschluss

16-01505

Die Vorlage wurde ohne weitere Wortbeiträge beschlossen.

Beschluss:

„Dem o.a. Investitionsvorhaben wird gemäß den vorliegenden Plänen zugestimmt. Die Kosten für die Errichtung von drei Wohnkuben an drei Standorten werden auf Grundlage der Kostenberechnung vom 02.02.2016 auf insgesamt 9.304.800 € einschließlich der Eigenleistung des Fachbereichs Hochbau und Gebäudemanagement festgestellt.“

Abstimmungsergebnis:

Ja: 11; Nein: 0; Enth.: 0

Die Stellungnahme zu Anfrage Nr. 11 wird zur Kenntnis genommen.

Die Ausschussvorsitzende schlägt im Vorfeld der Beschlussfassung über die Einzelanträge vor, die Anträge Nr. 121 und Nr. 122 vorzuziehen, weil die Beschlussfassung Auswirkungen auf die weiteren Anträge haben könnte.

Ratsherr Merfort erklärt für die CDU-Fraktion, dass seine Fraktion aufgrund der derzeitigen finanziellen Lage einer Ausweitung der Haushaltsansätze mit Ausnahme der Ansatzveränderungen der Verwaltung generell nicht zustimmen werde.,.

Die Abstimmungsergebnisse zu den einzelnen Anträgen sind der beigefügten Anlage zu entnehmen. Die Anträge zu denen eine gesonderte Aussprache im Ausschuss erfolgt sind nachfolgend protokolliert.

Anträge Nr. 121 und 122 - Weiterführung der Dynamisierung im Sozial-, Kultur- und Jugendhilfebereich

Ratsfrau Schütze legt dar, dass die SPD-Fraktion ein Aussetzen der Dynamisierung für das Jahr 2016 befürworte, für die Folgejahre 2017 und 2018 solle neu bewertet werden, ob eine Dynamisierung erfolgen könne. Auf Hinweis von Ratsherrn Sommerfeld reicht Ratsfrau Schütze nach einer kurzen Sitzungsunterbrechung folgenden Änderungsantrag ein:

"Die Dynamisierung im Sozial-, Kultur- und Jugendhilfebereich wird für den Haushalt 2016 ausgesetzt. Für die folgenden Haushaltsjahre 2017 und 2018 wird unter der Berücksichtigung der neuen Haushaltslage die Dynamisierung neu bewertet."

Der Änderungsantrag wird mit folgendem Ergebnis abgestimmt:

Abstimmungsergebnis:

Ja: 5; Nein: 4; Enth.: 2

Die Abstimmungsergebnisse zu den Anträgen Nr. 121 und 122 sind den beigefügten Listen zu entnehmen.

Antrag - StBezR 321 "Forum älter werden"

Herr Klockgether erläutert, dass das Forum älter werden aus dem Budget des Seniorenbüros in den vergangenen Jahren unterstützt wurde. Eine Veränderung dieser Unterstützung sei für 2016 nicht vorgesehen.

Der Antrag des StBezR 321 wird damit als erledigt angesehen.

Antrag - Nr. 49 "Braunschweiger Mobilticket ausweiten"

Der Ausschuss hat aus sozialpolitischer Sicht ein grundsätzliches Interesse an der Ausweitung der Nutzungszeiten, er bittet deshalb möglichst bis zur Sitzung des Finanz- und Personalausschusses am 25. Februar 2016 um Prüfung der Auswirkungen für eine ganztägige Nutzung aber alternativ auch für eine Veränderung der Nutzungszeiten ab 8:00 Uhr. Parallel dazu wird die Verwaltung gebeten zu prüfen, ob eine Einbeziehung des Zweckverbandes bzw. eine Genehmigung für die Ausweitung des Mobiltickets erforderlich wäre.

Anträge - Nr. 86, 87 und StBezR 310

Ratsherr Rosenbaum bittet den Antrag Nr. 86 hinsichtlich des Betrages an die übrigen Anträge auf eine Erhöhung von 27.900 € anzupassen.

Anträge Nr. 93 - 95

Ratsherr Merfort verweist auf einen Antrag seiner Fraktion zum Thema "Wettbürosteuer", dessen Ergebnis Einfluss auf die Entscheidung der CDU-Fraktion habe. Die CDU-Fraktion werde sich aus diesem Grunde bei der Abstimmung im Ausschuss für Soziales und Gesundheit enthalten.

Antrag Nr 137

Frau Dr. Hanke führt ergänzend aus, dass der Haushaltssatz des Fachbereiches für Soziales und Gesundheit für Schönheitsreparaturen vorwiegend für die Wohnungsloseneinrichtungen und Altentagesstätten verwandt wurde. Hierbei handele es sich um Renovierungskosten.

Ratsfrau Schütze beantragt die Gesamtvorlage passieren zu lassen. Ratsherr Rosenbaum plädiert für eine Abstimmung.

Der Antrag zum „passieren lassen“ wird darauf hin wie folgt abgestimmt:

Abstimmungsergebnis:

Ja: 3; Nein: 3; Enth.: 4

Im Anschluss daran wird die Vorlage zum Haushalt 2016 wie folgt beschlossen:

Beschluss:

1. Über die Anträge der Fraktionen des Rates und der Stadtbezirksräte (Anlagen 1.0 bis 1.2) und über die Ansatzveränderungen der Verwaltung (Anlagen 2.1 und 2.2) wird abgestimmt wie in den Anlagen vermerkt. Die Anlagen samt Einzelabstimmungsergebnissen sind Bestandteile des Beschlusses.
2. Dem Entwurf des Haushaltssplans 2016 einschließlich der unentgeltlichen Zuwendungen im Zuständigkeitsbereich des Fachbereiches Soziales und Gesundheit - wie in der dem Rat der Stadt am 28.12.2015 übersandten geänderten Zuschussliste aufgeführt- (Anlage 3) und dem Entwurf des Investitionsprogramms 2015 -2019 wird unter Berücksichtigung der Einzelabstimmungsergebnisse zu den Anträgen der Fraktionen des Rates und der Stadtbezirksräte (Anlagen 1.0 bis 1.2) und den Ansatzveränderungen der Verwaltung (Anlagen 2.1 und 2.2) zugestimmt.

Abstimmungsergebnis:

Ja: 1; Nein: 0; Enth.: 9

5. Braunschweiger Bürgerhaushalt

16-01515

Die Abstimmungsergebnisse zu den einzelnen Vorschlags-Nummern sind in der Anlage 1 beigefügt.

Vorschlags-Nr. 2332

Ratsfrau Schütze schlägt vor, die Anregung im Rahmen des Integrierten Stadtentwicklungs-konzepts (ISEK) aufzugreifen. Ratsherr Grziwa erläutert, dass diese Anregung bereits im Zusammenhang mit ISEK beachtet wurde. Ratsherr Sommerfeld weist auf die Notwendigkeit einer Begegnungsstätte im Stadtteil Heidberg hin. Herr Klockgether teilt mit, dass im Rahmen des Stadtteilprojekts „Heidberg Aktiv“ ein ständiger Kontakt bestehne und Lösungsmöglichkeiten geprüft würden.

Vorschlags-Nr. 2354

Der Ausschuss sieht den Vorschlag durch das in der Sitzung vorgelegte Konzept "Gemeinschaftliches Wohnen in Braunschweig" (16-01397) als erledigt an.

Vorschlags-Nr. 2890

Ratsherr Grziwa weist auf den Dienstleistungsgedanken hin und könnte sich eine Pilotphase vorstellen.

Herr Klockgether erläutert, dass eine Umsetzung nicht kostenneutral zu erreichen wäre und verweist auf die Möglichkeiten der Terminvergaben. Für weitere Öffnungszeiten müsste zusätzlich der Sicherheitsdienst eingesetzt werden.

Herr Velten teilt die Auffassung der Verwaltung und bestätigt, dass Terminvereinbarungen zielführender seien.

Der Fachbereich Soziales und Gesundheit werde Kontakt zu dem betroffenen Bürger aufnehmen.

Beschluss:

Über die dem Ausschuss für Soziales und Gesundheit vorzulegenden Bürgerhaushalt-Vorschläge wird abgestimmt wie in der Anlage 2 vermerkt. Die Anlage samt Einzelabstimmungsergebnissen ist Bestandteil des Beschlusses.

Abstimmungsergebnis:

Ja: 10; Nein: 0; Enth.: 0

6. Mitteilungen

6.1. Gemeinschaftliches Wohnen in Braunschweig - Konzept

16-01397

Der Ausschuss begrüßt das Konzept Gemeinschaftliches Wohnen in Braunschweig.

Die Mitteilung wird nach der Beantwortung verschiedener Nachfragen zur Kenntnis genommen.

6.2. Einführung von Mietpreisbremse, Kappungsgrenze und Kündigungssperrfrist in Braunschweig durch das Land Niedersachsen

16-01457

Die Mitteilung wird zur Kenntnis genommen.

7. Anträge

8. Anfragen

Es liegen keine Anträge oder Anfragen vor.

gez.
Merfort
Stellv. Ausschussvorsitzender

gez.
Dr. Hanke
Dezernentin

gez.
Barget
Schriftführerin

Haushaltstesung 2016 - Anfragen/Anregungen und finanzunwirksame Anträge der Fraktionen und der Stadtbezirksräte

Nr.	Teilhaushalt Zelle Produkt-Nr.	Haushaltstansatz- bezeichnung Produktbezeichnung	Antragsteller Ausschuss
11	1.31.3517.10	ZuschussTagesstreff (IGLU)	BUNDNIS 90/ DIE GRÜNEN

Teilhaushalt FB 50 - Soziales und Gesundheit**Anfragen/Anregungen**

11	1.31.3517.10	ZuschussTagesstreff (IGLU)	BUNDNIS 90/ DIE GRÜNEN
<p>In den letzten Jahren wurden an die DWB für den Tagesstreff (IGLU) konstante Zuschüsse in Höhe von jeweils 75.500 € aus den Mitteln des Fachbereiches 50 – Soziales und Gesundheit gezahlt. Das bedeutet, dass der Tagesstreff (IGLU) bislang nicht von der vom Rat beschlossenen Dynamisierung der Zuschüsse in diesem Bereich profitiert.</p> <p>Zum Haushalt 2016 hat die DWB einen Antrag auf Erhöhung der Zuschüsse gestellt, der aus unserer Sicht finanziell im Rahmen der für andere Zuschussempfänger geltenden Dynamisierung liegt.</p> <p>Vor diesem Hintergrund fragen wir:</p> <ol style="list-style-type: none"> 1. Aus welchem Grund wurde die DWB bei den Zuschüssen zum Tagesstreff (IGLU) bislang aus der Dynamisierung ausgeschlossen? 2. Gibt es formale, rechtliche oder vertragliche Gründe, die gegen eine Aufnahme des Tagesstreff (IGLU) in die Dynamisierung sprechen? 3. Plant die Verwaltung, den Tagesstreff (IGLU) in Zukunft ebenfalls bei Dynamisierung zu berücksichtigen? 			

Ausschuss für Soziales und Gesundheit 08.02.2016 - keine Beschlussfassung erforderlich; Antwort siehe Mitteilungen**finanzunwirksame Anträge**

33	alle	Piraten	Kenzzahlangabe mit 3 Ist-Werten diese vorhanden sind. Begründung: Andernfalls lassen sich Trends nicht sinnvoll erkennen.
Ausschuss für Soziales und Gesundheit	08.02.2016 - Abstimmungsergebnis	dafür:	dagegen: Enthaltungen: <i>poststetzen fassbar</i>

Haushaltlesung 2016 - Ergebnishaushalt - Anträge der Fraktionen und der Stadtbezirksräte

Haushaltlesung 2016

Nr.	Teilhaushalt Zelle Produkt-Nr.	Haushaltsansatz- bezeichnung Produktbezeichnung	Antragsteller Ausschuss	Planansatz 2016 in €		2016 Erträge	Aufwendungen	2017 Erträge	Aufwendungen	2018 Erträge	Aufwendungen	2019 Erträge	Aufwendungen	Dauer	Art des Ertrages/Aufwands (Sachkonto)/Anmerkungen
				bisher	neu										
Teilhaushalt Ref0120 - Stadtentwicklung und Statistik															
	15	Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen			795.000										

043	1.51.5114.03	Europaangelegenheiten	DIE LINKE.	Keine Beteiligung an "eHealth Metropolegion" Da dieses Projekt keine Vorteile für die Stadt Braunschweig und den öffentlichen Gesundheitsbereich in Braunschweig erkennen lässt, sollte darauf verzichtet werden. Außerdem beteiligt sich innerhalb der Metropolegion, mit Ausnahme der Stadt Göttingen, keine andere Gebietskörperschaft an diesem zweilehaften Projekt.											dauert, 427110 Besondere Verwaltungs- und Betriebsaufwendungen

Ausschuss für Soziales und Gesundheit 08.02.2016 - Abstimmungsergebnis

dafür:

dagegen:

Enthaltungen:

pa stören ja

Teilhaushalt FB 20 - Finanzen

049	1.57.5731.08	Soziale wirtschaftliche Unternehmen	BIRS	Braunschweiger Mobilität ausweiten Die Benutzung des BS Mobiltickets soll künftig ganztagig möglich sein und nicht erst ab 9 Uhr.												dauert, 431510 Zuschuss an verbundene Unternehmen, Beteiligungen und Sonderrechnungen

Ausschuss für Soziales und Gesundheit 08.02.2016 - Abstimmungsergebnis

dafür:

dagegen:

Enthaltungen:

pa stören ja

Teilhaushalt FB 50 - Soziales und Gesundheit

SBR	1.31.3151.40	Altenhilfeplanung	SBR 321	Forum Alter werden im Stadtbezirk Die Verwaltung wird gebeten, die notwendigen Haushaltssmittel zur Begleitung des Forums "Alter werden im Stadtbezirk Lehnstadt-Watenbüttel" weiterhin in die Haushalte der Folgejahre einzustellen.												dauert, 431810 Zuschuss an übrige Bereiche

Ausschuss für Soziales und Gesundheit 08.02.2016 - Abstimmungsergebnis

dafür:

dagegen:

Enthaltungen:

Wirt nach und Stellungnahme der Verwaltung als erledigt betrachtet

Haushaltstesung 2016 - Ergebnishaushalt - Anträge der Fraktionen und der Stadtbezirksräte

Nr.	Teihauhst Zelle Produkt-Nr.	Haushaltansatz- produktbezeichnung	Antragsteller Ausschuss	Planausatz 2016 in € bisher	Veränderungen in €						Art des Ertrages/Aufwands (Sachkonto/Anmerkungen)			
					2016 neu	2016 Aufwendungen	2017 Erträge	2017 Aufwendungen	2018 Erträge	2018 Aufwendungen	2019 Erträge	2019 Aufwendungen	Dauer	
090	1.31.3517.10	Förderung der freien Wohlfahrtspflege	DIE LINKE.	Anhebung des Zuschusses Frauenberatungsstelle Anhebung des Zuschusses Frauenberatungsstelle									dauern.	431810 Zuschuss an übrige Bereiche
091	1.31.3517.10	Förderung der freien Wohlfahrtspflege	DIE LINKE.	Anhebung des Zuschusses Tagestreff Obdachlosa (GLU) Anhebung Zuschuss Tagestreff Obdachlosa (GLU)									dauern.	431810 Zuschuss an übrige Bereiche
092	1.31.3517.10	Förderung der freien Wohlfahrtspflege	DIE LINKE.	Ausschuss für Soziales und Gesundheit 08.02.2016 - Abstimmungsergebnis dafür: 2 dagegen: 0 Enthaltungen: 0									dauern.	431810 Zuschuss an übrige Bereiche
093	1.41.4120.10	Betreuung von psychisch Kranken	SPD	Ausschuss für Soziales und Gesundheit 08.02.2016 - Abstimmungsergebnis dafür: 1 dagegen: 10 Enthaltungen: 0									dauern.	431810 Zuschuss an übrige Bereiche
094	1.41.4120.10	Betreuung von psychisch Kranken	BUNDNIS 90/ DIE GRÜNEN	Ausschuss für Soziales und Gesundheit 08.02.2016 - Abstimmungsergebnis dafür: 0 dagegen: 4 Enthaltungen: 7									dauern.	431810 Zuschuss an übrige Bereiche
095	1.41.4120.10	Betreuung von psychisch Kranken	BiBS	Ausschuss für Soziales und Gesundheit 08.02.2016 - Abstimmungsergebnis dafür: 4 dagegen: 4 Enthaltungen: 7									dauern.	431810 Zuschuss an übrige Bereiche

Haushaltstesung 2016 - Ergebnishaushalt - Anträge der Fraktionen und der Stadtratskripte

Ausschuss für Soziales und Gesundheit am 09.02.2016

Haushaltstesung 2016 - Ergebnishaushalt - Anträge der Fraktionen und der Stadtbezirksräte

Nr.	Teilhaushalt Zeile Produkt-Nr.	Haushaltssatz- bezeichnung Produktbezeichnung	Antragsteller Ausschuss	Planansatz 2016		2016		Veränderungen in €		2018		2019		Dauer	Art des Ertrages/Aufwands (Sichtkontrolle/Anmerkungen)
				bisher	neu	Erträge	Aufwendungen	Erträge	Aufwendungen	Erträge	Aufwendungen	Erträge	Aufwendungen		
Gesamtstädtisch															
121	Diverse														

BUNDIS 90/ DIE GRÜNEN	Wahrnehmung der Dynamisierung im Sozial-, Kultur-, und Jugendhilfebereich Anders als von der Verwaltung vorgeschlagen (Ansatzveränderungen 96, 108 und 123 in der Anlage 1 zum Ergebnishaushalt), wird die Dynamisierung der Zuschüsse für die Fachbereiche 41 – Kultur, 50 – Soziales und Gesundheit und 51 – Kinder, Jugend und Familie nicht ausgesetzt, sondern wie vom Rat beschlossen auch in den Folgejahren weitgeföhrt. Die dafür notwendige Mittel in Höhe von ca. 180.000 € im Jahr 2016 werden weiterhin in den Haushaltsplan eingesetzt. Die Haushaltsansätze für die Folgejahre werden entsprechend angepasst.	dauern:	431810 Zuschuss an übrige Bereiche
Ausschuss für Soziales und Gesundheit 08.02.2016 - Abstimmungsergebnis - datUC Bis	Keine Kürzungen bei den sozialen und kulturellen Verbindungen und Einrichtungen Die so genannte 'Dynamisierung' im Bereich der Koninuitätsförderung wird nicht ausgesetzt, sondern wie vom Rat für den Haushalt 2015 beschlossen weiter fortgesetzt. Die erforderlichen Mittel werden in den Haushalt 2016 eingesetzt.	dauern:	431810 Zuschuss an übrige Bereiche
Ausschuss für Soziales und Gesundheit 08.02.2016 - Abstimmungsergebnis datU dagegen:	dauern:	433.200	

„Änderungsantrag der SPD - Fraktion:

„Die Dynamisierung im Sozial-, Kultur- und Jugendhilfebereich wird für den Haushalt 2016 ausgesetzt. Für die folgenden Haushaltsjahre 2017 und 2018 wird unter der Berücksichtigung der neuen Haushaltssatz die Dynamisierung neu bewertet.“

Abstimmungsergebnis:
dafür: 5 dagegen: 4

Enthaltungen: 2

Haushaltsteslung 2016 - Ergebnishaushalt - Anträge der Fraktionen und der Stadtbezirksräte

Nr.	Teilhaushalt Zelle Produkt-Nr.	Haushaltssatz- bezeichnung Produktbezeichnung	Antragsteller Ausschuss	Planansatz 2016 in €		2016 neu	Erträge Aufwendungen	2017		2018 Erträge Aufwendungen	2019		Dauer	Art des Ertrages/Aufwands (Sachkonto)/Anmerkungen											
				bisher	neu			Erträge	Aufwendungen		Erträge	Aufwendungen													
Stellenplananträge																									
		diverse																							
150	1.31.3.154.10	Unterbringung	BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN	Schaffung einer zentralen Stelle für Wohnraumhilfe Gemäß eines Vorschages, den das Bündnis für Wohnen in seinem Ausschussbericht unterbreitet hat, soll in Braunschweig eine zentrale Stelle für Wohnraumhilfe eingerichtet werden, in der alle Aufgaben der Wohnraumvermittlung gebündelt werden, mit denen gerade Menschen mit einem erschweren Zugang zum Wohnungsmarkt aktiv unterstützt werden können (z.B. das sog. Probewohnen). Hierfür ist zum einen eine Personaleinstellung in der Akquise geeigneter Wohnungen lieg. Zum anderen ist diese Stelle mit entsprechenden Sachmitteln auszustatten, um Vermieterzuschüsse zahlen zu können und Marketingmaßnahmen durchführen zu können. Insgesamt sind hierfür pro Jahr 200.000 € in den Haushaltsspielen einzustellen. Da diese Stelle aller Voraussicht nach fristestens gegen Ende des ersten Halbjahres 2016 besetzt werden kann, reduzieren sich die notwendigen Mittel für das Jahr 2016 auf einen Betrag von 100.000 €.																					
Nach wie vor bekommen besonders Menschen mit einem erschweren Zugang zum Wohnungsmarkt die angespannte Situation auf dem Braunschweiger Wohnungsmarkt besonders deutlich zu spüren. Das Bündnis für Wohnen hat dies erkannt und in seinem Abschlussbericht mit der Forderung nach einer zentralen Stelle für Wohnraumhilfe eine Möglichkeit aufgezeigt, wie hier Abhilfe geschaffen werden kann.																									
Ausschuss für Soziales und Gesundheit 08.02.2016 - Abstimmungsergebnis dafür: <u>7</u> Enthaltungen: <u>6</u> dagegen: <u>2</u> dauerh. Anmerkung der Verwaltung: Eine Aufteilung der im Antrag genannten Sach- bzw. Personalkosten erfolgt im Laufe der Haushaltseratungen.																									

Haushaltstextlesung 2016 - Anträge der Fraktionen und Stadtbezirksräte zum Finanzhaushalt (inkl. IP 2015 - 2019)

Haushaltssitzung 2016 - Ergebnishaushalt - Ansatzveränderungen der Verwaltung (inklusive Konsolidierungsbeträge)

Hinweis den Verwaltung bei Abstimmung im ATSG

Nr.	Teilhaushalt Zelle Produkt-Nr.	Haushaltssatz- bezeichnung Produktbezeichnung	Ausschuss	Planansatz 2016		2016	2017	2018	2019	Dauer	Art des Ertrages/Aufwands
				bisher	neu						
2	Zuwendungen und allgemeine Umlagen			18.290.000	18.219.000	-	70.400	0	50.000	0	50.000
105	1.31.3121.10	Leistungen für Unterkunft und Heizung		Minderertrag SGB II Kosten der Unterkunft/ Heizung - Mindererträge aufgrund von Fallzahndrückgang (ohne Betrachtung der Flüchtlingsthematik) auf 11.300 (Korrespondierender Arbeitsuchende							dauern.
106	1.31.3128.10	Leistungen für Unterkunft und Heizung		Mehrertrag SGB II Kosten der Unterkunft/ Heizung - Anpassung der BuT-Leistungen (Korrespondierender Mehraufwand siehe Id. Nr. 115)							dauern.
	Ausschuss für Soziales und Gesundheit 08.02.2016 - Abstimmungsergebnis	dafür:		120.400	0	0	0	0	0	0	
		dagegen:		0	0	0	0	0	0	0	
		Enthaltungen:		0	0	0	0	0	0	0	
107	1.31.3130.10	Leist. n. d. Asylbewerberleist.-gesetz		Ertragsverbesserung AsylBl.GI Aufnahmegesetz für die im Jahresdurchschnitt 2014 in Braunschweig lebenden Flüchtlinge durch Anhebung der Pauschale							dauern.
	Ausschuss für Soziales und Gesundheit 08.02.2016 - Abstimmungsergebnis	dafür:		201.400	0	0	0	0	0	0	
		dagegen:		0	0	0	0	0	0	0	
		Enthaltungen:		0	0	0	0	0	0	0	
108	Diverse										
	Ausschuss für Soziales und Gesundheit 08.02.2016 - Abstimmungsergebnis	dafür:		201.400	0	0	0	0	0	0	
		dagegen:		0	0	0	0	0	0	0	
		Enthaltungen:		0	0	0	0	0	0	0	
109	1.31.3130.10	Haushaltskonsolidierung - Einsparung bei den Aufwandsbudgets		Haushaltskonsolidierung - Einsparung bei den Aufwandsbudgets							dauern.
		Die Zuschussdynamisierung wird in den Jahren 2016 und 2017 ausgesetzt. Für das Jahr 2018 ist eine anteilige Dynamisierung der Zuschüsse in halber Höhe vorgesehen (34.500 €). Ab 2019 kommt die Zuschussdynamisierung wieder in voller Höhe zur Anwendung (69.000 €).									
	Ausschuss für Soziales und Gesundheit 08.02.2016 - Abstimmungsergebnis	dafür:		44.700	0	0	0	0	0	0	
		dagegen:		0	0	0	0	0	0	0	
		Enthaltungen:		0	0	0	0	0	0	0	
110	1.31.3517.10	Haushaltskonsolidierung - Einsparung bei den Aufwandsbudgets		Haushaltskonsolidierung - Einsparung bei den Aufwandsbudgets							dauern.
		Überhang Zuschusssdynamisierung 2014 und 2015		0	0	0	0	0	0	0	
	Ausschuss für Soziales und Gesundheit 08.02.2016 - Abstimmungsergebnis	dafür:		0	0	0	0	0	0	0	
		dagegen:		0	0	0	0	0	0	0	
		Enthaltungen:		0	0	0	0	0	0	0	
	Ausschuss für Soziales und Gesundheit 08.02.2016 - Abstimmungsergebnis	dafür:		0	0	0	0	0	0	0	
		dagegen:		0	0	0	0	0	0	0	
		Enthaltungen:		0	0	0	0	0	0	0	
	Ausschuss für Soziales und Gesundheit 08.02.2016 - Abstimmungsergebnis	dafür:		0	0	0	0	0	0	0	
		dagegen:		0	0	0	0	0	0	0	
		Enthaltungen:		0	0	0	0	0	0	0	
	Ausschuss für Soziales und Gesundheit 08.02.2016 - Abstimmungsergebnis	dafür:		0	0	0	0	0	0	0	
		dagegen:		0	0	0	0	0	0	0	
		Enthaltungen:		0	0	0	0	0	0	0	
	Ausschuss für Soziales und Gesundheit 08.02.2016 - Abstimmungsergebnis	dafür:		0	0	0	0	0	0	0	
		dagegen:		0	0	0	0	0	0	0	
		Enthaltungen:		0	0	0	0	0	0	0	
	Ausschuss für Soziales und Gesundheit 08.02.2016 - Abstimmungsergebnis	dafür:		0	0	0	0	0	0	0	
		dagegen:		0	0	0	0	0	0	0	
		Enthaltungen:		0	0	0	0	0	0	0	
	Ausschuss für Soziales und Gesundheit 08.02.2016 - Abstimmungsergebnis	dafür:		0	0	0	0	0	0	0	
		dagegen:		0	0	0	0	0	0	0	
		Enthaltungen:		0	0	0	0	0	0	0	
	Ausschuss für Soziales und Gesundheit 08.02.2016 - Abstimmungsergebnis	dafür:		0	0	0	0	0	0	0	
		dagegen:		0	0	0	0	0	0	0	
		Enthaltungen:		0	0	0	0	0	0	0	
	Ausschuss für Soziales und Gesundheit 08.02.2016 - Abstimmungsergebnis	dafür:		0	0	0	0	0	0	0	
		dagegen:		0	0	0	0	0	0	0	
		Enthaltungen:		0	0	0	0	0	0	0	
	Ausschuss für Soziales und Gesundheit 08.02.2016 - Abstimmungsergebnis	dafür:		0	0	0	0	0	0	0	
		dagegen:		0	0	0	0	0	0	0	
		Enthaltungen:		0	0	0	0	0	0	0	
	Ausschuss für Soziales und Gesundheit 08.02.2016 - Abstimmungsergebnis	dafür:		0	0	0	0	0	0	0	
		dagegen:		0	0	0	0	0	0	0	
		Enthaltungen:		0	0	0	0	0	0	0	
	Ausschuss für Soziales und Gesundheit 08.02.2016 - Abstimmungsergebnis	dafür:		0	0	0	0	0	0	0	
		dagegen:		0	0	0	0	0	0	0	
		Enthaltungen:		0	0	0	0	0	0	0	
	Ausschuss für Soziales und Gesundheit 08.02.2016 - Abstimmungsergebnis	dafür:		0	0	0	0	0	0	0	
		dagegen:		0	0	0	0	0	0	0	
		Enthaltungen:		0	0	0	0	0	0	0	
	Ausschuss für Soziales und Gesundheit 08.02.2016 - Abstimmungsergebnis	dafür:		0	0	0	0	0	0	0	
		dagegen:		0	0	0	0	0	0	0	
		Enthaltungen:		0	0	0	0	0	0	0	
	Ausschuss für Soziales und Gesundheit 08.02.2016 - Abstimmungsergebnis	dafür:		0	0	0	0	0	0	0	
		dagegen:		0	0	0	0	0	0	0	
		Enthaltungen:		0	0	0	0	0	0	0	
	Ausschuss für Soziales und Gesundheit 08.02.2016 - Abstimmungsergebnis	dafür:		0	0	0	0	0	0	0	
		dagegen:		0	0	0	0	0	0	0	
		Enthaltungen:		0	0	0	0	0	0	0	
	Ausschuss für Soziales und Gesundheit 08.02.2016 - Abstimmungsergebnis	dafür:		0	0	0	0	0	0	0	
		dagegen:		0	0	0	0	0	0	0	
		Enthaltungen:		0	0	0	0	0	0	0	
	Ausschuss für Soziales und Gesundheit 08.02.2016 - Abstimmungsergebnis	dafür:		0	0	0	0	0	0	0	
		dagegen:		0	0	0	0	0	0	0	
		Enthaltungen:		0	0	0	0	0	0	0	
	Ausschuss für Soziales und Gesundheit 08.02.2016 - Abstimmungsergebnis	dafür:		0	0	0	0	0	0	0	
		dagegen:		0	0	0	0	0	0	0	
		Enthaltungen:		0	0	0	0	0	0	0	
	Ausschuss für Soziales und Gesundheit 08.02.2016 - Abstimmungsergebnis	dafür:		0	0	0	0	0	0	0	
		dagegen:		0	0	0	0	0	0	0	
		Enthaltungen:		0	0	0	0	0	0	0	
	Ausschuss für Soziales und Gesundheit 08.02.2016 - Abstimmungsergebnis	dafür:		0	0	0	0	0	0	0	
		dagegen:		0	0	0	0	0	0	0	
		Enthaltungen:		0	0	0	0	0	0	0	
	Ausschuss für Soziales und Gesundheit 08.02.2016 - Abstimmungsergebnis	dafür:		0	0	0	0	0	0	0	
		dagegen:		0	0	0	0	0	0	0	
		Enthaltungen:		0	0	0	0	0	0	0	
	Ausschuss für Soziales und Gesundheit 08.02.2016 - Abstimmungsergebnis	dafür:		0	0	0	0	0	0	0	
		dagegen:		0	0	0	0	0	0	0	
		Enthaltungen:		0	0	0	0	0	0	0	
	Ausschuss für Soziales und Gesundheit 08.02.2016 - Abstimmungsergebnis	dafür:		0	0	0	0	0	0	0	
		dagegen:		0	0	0	0	0	0	0	
		Enthaltungen:		0	0	0	0	0	0	0	
	Ausschuss für Soziales und Gesundheit 08.02.2016 - Abstimmungsergebnis	dafür:		0	0	0	0	0	0	0	
		dagegen:		0	0	0	0	0	0	0	
		Enthaltungen:		0	0	0	0	0	0	0	
	Ausschuss für Soziales und Gesundheit 08.02.2016 - Abstimmungsergebnis	dafür:		0	0	0	0	0	0	0	
		dagegen:		0	0	0	0	0	0	0	
		Enthaltungen:		0	0	0	0	0	0	0	
	Ausschuss für Soziales und Gesundheit 08.02.2016 - Abstimmungsergebnis	dafür:		0	0	0	0	0	0	0	
		dagegen:		0	0	0	0	0	0	0	
		Enthaltungen:		0	0	0	0	0	0	0	
	Ausschuss für Soziales und Gesundheit 08.02.2016 - Abstimmungsergebnis	dafür:		0	0	0	0	0	0	0	
		dagegen:		0	0	0	0	0	0	0	
		Enthaltungen:		0	0	0	0	0	0	0	
	Ausschuss für Soziales und Gesundheit 08.02.2016 - Abstimmungsergebnis	dafür:		0	0	0	0	0	0	0	
		dagegen:		0	0	0	0	0	0	0	
		Enthaltungen:		0	0	0	0	0	0	0	
	Ausschuss für Soziales und Gesundheit 08.02.2016 - Abstimmungsergebnis	dafür:		0	0	0	0	0	0	0	
		dagegen:		0	0	0	0	0	0	0	
		Enthaltungen:		0	0	0	0	0	0	0	
	Ausschuss für Soziales und Gesundheit 08.02.2016 - Abstimmungsergebnis	dafür:		0	0	0	0	0	0	0	
		dagegen:		0	0	0	0	0	0	0	
		Enthaltungen:		0	0	0	0	0	0	0	
	Ausschuss für Soziales und Gesundheit 08.02.2016 - Abstimmungsergebnis	dafür:		0	0	0	0	0	0	0	
		dagegen:		0	0	0	0	0	0	0	
		Enthaltungen:		0	0	0	0	0	0	0	
	Ausschuss für Soziales und Gesundheit 08.02.2016 - Abstimmungsergebnis	dafür:		0	0	0	0	0	0	0	
		dagegen:		0	0	0	0	0	0	0	
		Enthaltungen:		0	0	0	0	0	0	0	
	Ausschuss für Soziales und Gesundheit 08.02.2016 - Abstimmungsergebnis	dafür:		0	0	0	0	0	0	0	
		dagegen:		0	0	0	0	0	0	0	
		Enthaltungen:		0	0	0	0	0	0	0	
</											

Haushaltsthesesung 2016 - Ergebnishaushalt - Ansatzveränderungen der Verwaltung (inklusive Konsoolidierung alsbeiträe

Haushaltstreuung 2016 - Ergebnishaushalt - Ansatzveränderungen der Verwaltung (inklusive Konsolidierungseinheit) 100

Ausschuss für Soziales und Gesundheit 08.02.2016 - Abstimmungsergebnis dafür: 0 dagegen: 0 Enthaltungen: 0

Haushaltstesung 2016 - Ergebnishaushalt - Ansatzveränderungen der Verwaltung - Flüchtlinge

Nr. Zeile Produkt-Nr.	Teilaufhalt Haushaltseinheit Produktbezeichnung	Ausschuss bisher	Ausschuss nau	Planansatz 2016 In €		2016 Erträge	Aufwendungen	Erträge	Aufwendungen	Veränderungen in €		2019 Erträge	Aufwendungen	Erträge	Aufwendungen	Dauer	Art des Ertrags/Aufwands	
				2	Zuwendungen und allgemeine Umlagen	18.290.000	18.290.000	0	0	2.022.000	0	4.235.000	0	6.231.000	0	0		
Teilaufhalt FB 50 - Soziales und Gesundheit																		
1	1.313121.10 Lösungen für Unterkunft und Heizung																	319110 Leistungsbet. für Unterk. + Heiz. Arbeitsuchende
Ausschuss für Soziales und Gesundheit 08.02.2016 - Abstimmungsergebnis	dafür:																	3 Jahre
5 Öffentlich-rechtliche Erträge	1.788.200	2.259.200	471.000	0	471.000	0	471.000	0	471.000	0	471.000	0	471.000	0	0	0		
2	1.414140.10 Amtsärztlicher Dienst																	331110 Verwaltungsgebühren
Ausschuss für Soziales und Gesundheit 08.02.2016 - Abstimmungsergebnis	dafür:																	dauern.
3 1.414140.10 Amtsärztlicher Dienst	471.000	+	471.000	+	471.000	+	471.000	+	471.000	+	471.000	+	471.000	+	471.000	+	331110 Verwaltungsgebühren	
Ausschuss für Soziales und Gesundheit 08.02.2016 - Abstimmungsergebnis	dafür:																	dauern.
7 Kostenstorniungen und Kostenumlagen	92.612.100	97.362.100	4.750.000	0	10.000.000	0	10.000.000	0	10.000.000	0	10.000.000	0	10.000.000	0	0	0		
4 1.313130.10 Leist. n. d. Asylbewerberleist. Gesetz																		348110 Erstattung v. Land
Ausschuss für Soziales und Gesundheit 08.02.2016 - Abstimmungsergebnis	dafür:																	dauern.
13 Aufwendungen für aktives Personal	18.267.343	18.390.343	0	+	123.000	0	+	123.000	0	+	123.000	0	+	123.000	0	+	123.000	
5 1.414140.10 Amtsärztlicher Dienst																		401510 Beschäftigungsentgelte
Ausschuss für Soziales und Gesundheit 08.02.2016 - Abstimmungsergebnis	dafür:																	
15 Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	1.077.200	1.425.200	0	+	348.000	0	+	348.000	0	+	348.000	0	+	348.000	0	+	348.000	
6 1.414140.10 Amtsärztlicher Dienst																		424190 Sonst. Bewirtschaftungskosten
Ausschuss für Soziales und Gesundheit 08.02.2016 - Abstimmungsergebnis	dafür:																	
7 1.414140.10 Amtsärztlicher Dienst																		427135 medizinischer Sachbedarf
Ausschuss für Soziales und Gesundheit 08.02.2016 - Abstimmungsergebnis	dafür:																	

Haushaltssitzung 2016 - Ergebnishaushalt - Ansatzveränderungen der Verwaltung - Flüchtlinge

Nr.	Teilauftrag Zeile Produkt-Nr.	Haushaltssatz- bezeichnung Produktbezeichnung	Ausschuss	Planansatz 2016 in €		2016 Erträge	Aufwendungen	Erträge	Aufwendungen	Veränderungen in €		2019 Erträge	Aufwendungen	Dauer	Art des Ertrages/Aufwands	
				bisher	neu					2017	Aufwendungen					
	18	Transferaufwendungen		113.514.500	122.961.000	0	9.446.500	0	12.593.300	0	12.593.300	0	12.593.300			
8	1.31.3130.10	Leist. n. d. Asylbewerberleistungsgesetz														Aufnahme und Beteiligung von ca. 1.000 Asylbewerbern in Erstaufnahmeeinrichtungen bzw. großen Wohnheimen; Für 2016 wurden Kosten für durchschnittlich 750 Asylbewerber zugrunde gelegt, da Zuweisungen vonstattfinden. Es wird von einem jährlichen Aufwand von 15 Mio. € (2016: 11,25 Mio. €). Der Betrag setzt sich zusammen aus dieser Position und den erhöhten Personalaufwendungen (siehe Id. Nr. 11). Zt. den im Jahr der Flüchtlingsaufnahme einzuplanenden Landeserstellungen siehe Id. Nr. 4
		Ausschuss für Soziales und Gesundheit	08.02.2016 - Abschlusssergebnis													433340 Sonstige soziale Leistungen AG
	19	Sonstige ordentliche Aufwendungen		64.606.400	64.406.400	0	200.000	0	7.017.000	0	14.871.000	0	21.902.000			
9	1.31.3121.10	Lösungen für Unterkunft und Heizung														
		Ausschuss für Soziales und Gesundheit	08.02.2016 - Abschlusssergebnis													
10	1.31.3129.10	Vorwahl d. Grundsich. f. Arb.suchende														
		Ausschuss für Soziales und Gesundheit	08.02.2016 - Abschlusssergebnis													
		diverse														
11	diverse, 1.31.3130.10	Leist. n. d. Asylbewerberleistungsgesetz														
		Ausschuss für Soziales und Gesundheit	08.02.2016 - Abschlusssergebnis													
12	diverse, 1.41.4140.10	insbesondere Amtsärztlicher Dienst														
		Ausschuss für Soziales und Gesundheit	08.02.2016 - Abschlusssergebnis													
		Gesamt														
		(+) mehr(-)wanger														
		(-) Entlastung(+)- Belastung														

Die Anhöge Nr. 1 - 12 wurden zusammen abgestimmt:
dafür: 11 dagegen: 0
Entnahmen: 0

Platz: 12: Begegnungszentren für alle Stadtteile schaffen

Vorschlags-Nr.: 2332	Bewertung: 0,775	Wirkung: Ausgabe	Geschätzte Kosten: 45.000 €	Entsch.-Zust.: Braunschweig (gesamt)
-------------------------	---------------------	---------------------	--------------------------------	---

Begegnungszentren spielen in vielen Teilen Braunschweigs bereits eine hervorragende Rolle für

- den Zusammenhalt der Bevölkerung (Förderung des Dialogs zwischen den Bewohnern aus verschiedenen Generationen und mit unterschiedlicher Herkunft);
- das Angebot kultureller Veranstaltungen vor Ort und somit die gesellschaftliche Teilhabe;
- gut zugängliche Beratungsangebote der Stadtteilbewohner sowie
- die Stabilisierung der Gesundheit und für die Freizeitgestaltung für Jung und Alt.

Umso wichtiger erscheint es, dass möglichst alle Menschen in Braunschweig in den Genuss einer solchen örtlichen Einrichtung kommen.

(1) Hier wird vorgeschlagen, nach einer im Jahr 2015 durch Politik und Verwaltung aufzustellenden Prioritätenliste mittelfristig die verbliebenen Stadtteile auch mit einer Begegnungsstätte zu versorgen.

(2) Der dringendste Bedarf scheint im Stadtteil Heidberg zu liegen, in dem es vielerlei Aktivitäten von Vereinen und Organisationen gibt, die jedoch unter einem unzulänglichen Raumangebot leiden. Der Heidberg weist innerhalb Braunschweigs den höchsten Altersdurchschnitt der Stadtteilbewohner auf. In diesem Stadtteil leben prozentual mehr Einwohner mit Migrationshintergrund als im Braunschweiger Durchschnitt.

Für 2016 wird ein Finanzbedarf von etwa 45 000 Euro gesehen.

Stellungnahme der Verwaltung

Org.-Einheit(en): FB 10, FB 41, FB 50, FB 51

Begegnungsstätten bestehen in Braunschweig in sehr unterschiedlicher Form. Angefangen von den 12 Dorfgemeinschaftshäusern, in denen Räumlichkeiten verschiedenen Nutzern aus der örtlichen Gemeinschaft zur Verfügung gestellt werden, über Seniorenbegegnungsstätten bis hin zu Familienzentren und sozio-kulturellen Einrichtungen wie dem Kulturpunkt West. Dementsprechend unterschiedlich sind die Konzepte und damit die Möglichkeiten, dass sich Bewohner aus verschiedenen Generationen und mit unterschiedlicher Herkunft dort offen begegnen können.

Im Grundsatz wird das Vorhandensein von Stätten der Begegnung in den jeweiligen Stadtteilen von der Stadt begrüßt. Dies setzt jedoch nicht automatisch die Einrichtung neuer Begegnungsstätten voraus. Inwieweit in einzelnen Stadtteilen inklusive und für alle Bevölkerungsgruppen offene Begegnungsstätten notwendig sind, sollte sich an den Bedarfen vor Ort orientieren (z.B. Familienzentren) und als Fragestellung im Rahmen des Integrierten Stadtentwicklungskonzepts (ISEK) bedacht werden, sofern nicht eine frühere Entscheidung angezeigt ist.

Abschließend wird darauf hingewiesen, dass der finanzielle Bedarf erst dann abschätzbar wäre, wenn ein genaues Konzept für das jeweilige Zentrum vorliegt.

Finanzielle Wirkung	2016	2017	2018	2019	2020ff.	Summe
Einmalige Kosten						
Laufende Kosten					XXXX	

Gremienlauf	Anmerkungen	Ja	Nein	Enth.	Ergebnis
Ausschuss für Soziales und Gesundheit		2	0	9	angenommen
Finanz- und Personalausschuss					
Verwaltungsausschuss					
Rat					

Platz: 46: Das gemeinsame Wohnen im Alter fördern																																																												
Vorschlags-Nr.:	Bewertung:	Wirkung:	Geschätzte Kosten:	Entsch.-Zust.: Braunschweig (gesamt)																																																								
Vorschlags-Nr.: 2354 Bewertung: 0,624 Wirkung: Investition Geschätzte Kosten: Entsch.-Zust.: Braunschweig (gesamt)																																																												
Eine Alternative zum Altenheim schaffen. Gruppe von Menschen, die sich kennen, ziehen in ein Wohnhaus. Jeder mit einer eigenen Wohnung, aber mit Gemeinschaftsraum und der Maßgabe sich gegenseitig zu helfen, zu unterstützen und aufeinander zu achten.																																																												
Stellungnahme der Verwaltung																																																												
Org.-Einheit(en): FB 50, FB 61																																																												
<p>Der Vorschlag ist grundsätzlich sehr zu begrüßen, neue Wohnformen sind sinnvoll und förderwürdig. Gemeinsames Wohnen im Alter ist ein gesellschaftlicher Trend, der auch bereits im Rahmen der Altenhilfeplanung eine Rolle spielt. Ein Großteil der älteren Menschen stellt sich das Wohnen im Alter in einer „normalen“ Wohnung, der umgebauten jetzigen Wohnung, einer Wohnung mit Dienstleistungen oder mit im Haus der Kinder vor. Aber auch Seniorenresidenzen, Altenwohnheime oder Alten-Wohngemeinschaften werden als Möglichkeiten in Betracht gezogen. Die eigenständige Organisation von gemeinsamem Wohnen im Alter wird seitens der Verwaltung begrüßt.</p> <p>Menschen mit dem gleichen Interesse haben bereits in Braunschweig das Netzwerk 'Gemeinsam Wohnen Braunschweig' im Mütterzentrum Braunschweig e.V. /MehrGenerationenHaus gegründet, um Interessen auszutauschen und Informationen zu gewinnen. Inzwischen gibt es eine Vielzahl an Gruppen innerhalb dieses Netzwerkes, die sich mit konkreten Objekten, wie z.B. der Suche nach Grundstücken und Immobilien beschäftigen - d.h., es geht mittlerweile um die konkrete Umsetzung von Vorhaben. Für die Wohnform „Mehrgenerationen-Wohnen“ hat die Stadtplanung in der Vergangenheit bereits Angebote in einzelnen Projektgruppen unterbreitet. Dies kann ggf. auch in neuen Planungsbereichen geschehen.</p> <p>Zur weiteren Unterstützung kann die Verwaltung mit der seit einigen Jahren eigens für diesen Zweck bestehenden Projektdateni „Gemeinschaftliches Wohnen in Braunschweig“ helfend beraten, nicht aber selbst die Bereitstellung entsprechender Immobilien oder entsprechendes Planungsrecht an jedem angefragten Standort realisieren.</p>																																																												
<table border="1"> <thead> <tr> <th>Finanzielle Wirkung</th> <th>2016</th> <th>2017</th> <th>2018</th> <th>2019</th> <th>2020ff.</th> <th>Summe</th> </tr> </thead> <tbody> <tr> <td>Einmalige Kosten</td> <td></td> <td></td> <td></td> <td></td> <td></td> <td></td> </tr> <tr> <td>Laufende Kosten</td> <td></td> <td></td> <td></td> <td></td> <td>XXXX</td> <td></td> </tr> <tr> <td>Gremienlauf</td> <td>Anmerkungen</td> <td>Ja</td> <td>Nein</td> <td>Enth.</td> <td>Ergebnis</td> <td></td> </tr> <tr> <td>Ausschuss für Soziales und Gesundheit</td> <td></td> <td>*</td> <td></td> <td></td> <td></td> <td></td> </tr> <tr> <td>Finanz- und Personalausschuss</td> <td></td> <td></td> <td></td> <td></td> <td></td> <td></td> </tr> <tr> <td>Verwaltungsausschuss</td> <td></td> <td></td> <td></td> <td></td> <td></td> <td></td> </tr> <tr> <td>Rat</td> <td></td> <td></td> <td></td> <td></td> <td></td> <td></td> </tr> </tbody> </table>					Finanzielle Wirkung	2016	2017	2018	2019	2020ff.	Summe	Einmalige Kosten							Laufende Kosten					XXXX		Gremienlauf	Anmerkungen	Ja	Nein	Enth.	Ergebnis		Ausschuss für Soziales und Gesundheit		*					Finanz- und Personalausschuss							Verwaltungsausschuss							Rat						
Finanzielle Wirkung	2016	2017	2018	2019	2020ff.	Summe																																																						
Einmalige Kosten																																																												
Laufende Kosten					XXXX																																																							
Gremienlauf	Anmerkungen	Ja	Nein	Enth.	Ergebnis																																																							
Ausschuss für Soziales und Gesundheit		*																																																										
Finanz- und Personalausschuss																																																												
Verwaltungsausschuss																																																												
Rat																																																												

*) Wird als erledigt angesehen durch das Konzept „Gemeinschaftliches Wohnen in Braunschweig“ (Drucksache: 16-01397)

Platz: 60: Das Sozialamt soll einmal in der Woche nachmittags geöffnet sein

Vorschlags-Nr.: 2890	Bewertung: 0,587	Wirkung: kostenneutral	Geschätzte Kosten:	Entsch.-Zust.: Braunschweig (gesamt)
-------------------------	---------------------	---------------------------	-----------------------	---

Ich bin seit 2013 ehrenamtlicher Vorsitzende im AGV 1886 Braunschweig e.V.. Ich und meine Familie sind hörgeschädigt. Wenn ich zum Sozialamt einen Antrag oder Formulare für meinen Verein oder meine Familie stellen oder abgeben muss oder wenn ich etwas fragen bzw. wissen will, muss ich dorthin fahren. Oft bin ich umsonst nachmittags zum Sozialamt gefahren. Das Sozialamt öffnet nur dreimal in der Woche von 9 Uhr bis 12.30 Uhr. Ich bin ganztags beschäftigt (8.00 Uhr bis 16.00 Uhr) und habe im Betrieb sehr viel tun. Ich kann nicht immer für den Verein meine Arbeitszeit und mein Urlaubstage opfern.

Das Sozialamt müsste auf berufstätige Bürger Rücksicht nehmen und einmal in der Woche nachmittags von 15 Uhr bis 18 Uhr öffnen.

Stellungnahme der Verwaltung

Org.-Einheit(en): FB 50

Aus Sicht des Fachbereiches Soziales und Gesundheit haben sich die derzeitigen Öffnungszeiten - montags, mittwochs und freitags von 9:00 Uhr bis 12:30 Uhr auch für Bürger mit erstmaligen Anliegen ohne vorherige Anmeldung über eine offene Sprechzeit der Auskunfts- und Beratungsstelle (Infothek) sowie die zusätzliche Öffnungszeit für den Bereich Wohngeld montags von 15:00 Uhr – 18:00 Uhr und die nachfolgend beschriebenen zeitlich nahezu unbegrenzten Möglichkeiten zur individuellen – auch sehr kurzfristig möglichen- Terminvereinbarung sehr gut bewährt.

Für weitere Anliegen zum Wohnen sowie für laufende Fälle der sozialen Sicherung und Hilfen für Menschen mit Behinderungen haben alle Bürger und auch ihre Betreuer, Angehörigen etc. bereits jetzt die Möglichkeit der individuellen Terminvereinbarung. Dabei werden Wünsche und Notwendigkeiten (z. B. Arbeitszeiten) nahezu ohne zeitliche Beschränkungen der Wochentage oder Uhrzeiten berücksichtigt. In Absprache mit den jeweiligen Sachbearbeitern sind sowohl Termine am (späten) Nachmittag, als auch Termine ganz früh morgens möglich. Die Terminabsprache ist kurzfristig jederzeit per Telefon oder auch Email möglich.

Die komplette Öffnung aller Abteilungen des Hauses an einem Nachmittag in der Woche wäre ohne gleichzeitige Einschränkungen der derzeitigen Terminvereinbarungsmöglichkeiten nicht möglich und somit voraussichtlich nicht im allgemeinen Bürgerinteresse.

Finanzielle Wirkung	2016	2017	2018	2019	2020ff.	Summe
---------------------	------	------	------	------	---------	-------

Einmalige Kosten						
------------------	--	--	--	--	--	--

Laufende Kosten						XXXX
-----------------	--	--	--	--	--	------

Gremienlauf	Anmerkungen	Ja	Nein	Enth.	Ergebnis
Ausschuss für Soziales und Gesundheit		0	10	1	
Finanz- und Personalausschuss					
Verwaltungsausschuss					
Rat					

Stadt Braunschweig

Der Oberbürgermeister

Protokoll

Sitzung des Ausschusses für Soziales und Gesundheit

Sitzung: Donnerstag, 03.03.2016

Ort: Rathaus, Großer Sitzungssaal, Platz der Deutschen Einheit 1, 38100 Braunschweig

Beginn: 16:00 Uhr

Ende: 18:55 Uhr

Anwesend

Vorsitz

Frau Annette Schütze - SPD

Mitglieder

Herr Claas Merfort - CDU

Herr Michael Ehbrecht - CDU

Frau Kate Grigat - SPD

Frau Friederike Harlfinger - CDU

Frau Annette Johannes - SPD

Frau Jutta Plinke - B90/GRÜNE

Frau Susanne Schmedt - B90/GRÜNE

Herr Udo Sommerfeld - DIE LINKE.

Frau Claudia Jonda - Piratenpartei

Herr Michael Baumgart - B90/GRÜNE

Herr Arnim Graßhoff -

Frau Christiane Jaschinski-Gaus - SPD

Herr Heinz Kaiser - Vertreter Vorstand des Behindertenbeirat

Herr Norbert Velten - Sprecher ABW

Herr Dr. Günter Weinhausen - Vorsitzende/r des Seniorenrates

Verwaltung

Frau Dr. Andrea Hanke - Dezernentin V

Herr Martin Klockgether -

Frau Claudia Barget - Verwaltung

Frau Jaqueline Puls -

Abwesend

Mitglieder

Herr Kai-Uwe Bratschke - CDU	ab 17:05 Uhr
Herr Peter Rosenbaum - BIBS	ab 16:50 Uhr
Herr Dr. Burkhard Budde -	entschuldigt
Frau Christine Wolnik -	entschuldigt

Tagesordnung

Öffentlicher Teil:

- 1 Eröffnung der Sitzung
- 2 Vorstellung des Leiters der Landesaufnahmebehörde Niedersachsen, Standort Braunschweig, Herr Michael Lewin
- 3 Konzept zur Integration von Flüchtlingen in Braunschweig 16-01642
- 3.1 Konzept zur Integration von Flüchtlingen in Braunschweig 16-01642-01
- 4 Mitteilungen
- 5 Anträge
- 6 Anfragen
Infrastrukturmaßnahmen im Bereich der LAB
- 6.1 Infrastrukturmaßnahmen im Bereich der LAB 16-01698

Protokoll

Öffentlicher Teil:

1. Eröffnung der Sitzung

Die Vorsitzenden eröffnen die Sitzung, begrüßen die Anwesenden und stellen die Ordnungsmäßigkeit der Einladung fest.

Die Mitglieder vereinbaren, die Anfrage 16-01698 - Infrastrukturmaßnahmen im Bereich der LAB - unter Tagesordnungspunkt 2 zu behandeln.

2. Vorstellung des Leiters der Landesaufnahmebehörde Niedersachsen, Standort Braunschweig, Herr Michael Lewin

Herr Lewin, Leiter der Landesaufnahmebehörde Niedersachsen (LAB), Standort Braunschweig, stellt sich vor und erläutert die aktuelle Situation in der LAB. Zurzeit sind 1.250 Personen (ca. 50 % Frauen und Kinder) in der LAB untergebracht, deren Kapazität bei 750 Personen liegt. Die Unterbringung der über der Kapazität liegenden Flüchtlinge erfolgt in Leichtbauhallen und Wohncontainern.

Die gegenwärtige Entspannung der Flüchtlingszahlen wird dazu genutzt notwendige Sanierungsarbeiten durchzuführen.

Eine Prognose zur Entwicklung der zukünftigen Flüchtlingszahlen sei nicht möglich.

Auf Nachfrage teilt Herr Lewin mit, dass zum Schutz von Frauen diverse Maßnahmen angeboten werden, wie z. B. das Präventionsprogramm des Landes Niedersachsens, abschließbarer Sanitärbereich, Einsatz eines teilw. weiblichen Sozialdienstes und von weiblichen Sicherheitskräften.

Bis Ende März 2016 ist die Errichtung einer separaten Duschanlage für Frauen vorgesehen. Neuankommende alleinreisende Frauen werden separat untergebracht.

Der Umfang des Sicherheitsdienstes wurde trotz rückläufiger Zahlen nicht verringert.

Interkulturelle Kompetenz und Sicherheitsnachweise der Mitarbeiter/Mitarbeiterinnen werden im Bewerbungsverfahren gefordert.

3. Konzept zur Integration von Flüchtlingen in Braunschweig 16-01642
3.1. Konzept zur Integration von Flüchtlingen in Braunschweig 16-01642-01

Frau Dr. Hanke erläutert die Vorlagen zum Konzept zur Integration von Flüchtlingen in Braunschweig. Sie weist darauf hin, dass es sich um ein Rahmenkonzept handele, dass jederzeit den aktuellen Gegebenheiten angepasst werden könne.

Anhand der beigefügten Powerpoint-Präsentation führt Herr Dybowski in die Thematik ein.

Herr Velten bezieht als Vertreter der Arbeitsgemeinschaft Braunschweiger Wohlfahrtsverbände (AGW) Stellung zum Integrationskonzept von Flüchtlingen in Braunschweig. Grundsätzlich wird das Konzept positiv bewertet. Die zentrale Rolle der AGW sollte Berücksichtigung finden und engmaschig mit eingebunden werden. Seitens der AGW wird angeboten, Aufgaben zu übernehmen, für deren Durchführung zusätzliche Ressourcen zur Verfügung erforderlich seien.

Gerade im Hinblick auf die Arbeit mit Ehrenamtlichen sieht sich die AGW in besonderer Verantwortung.

Die Integration von Flüchtlingen in Braunschweig sei eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe und solle aufgrund der besonderen Herausforderung für alle Beteiligten transparent gestaltet werden.

Frau Hugo fasst ihre Stellungnahme zusammen und hebt die besondere Situation von Frauen und Kindern hervor.

Aus der anschließenden Diskussion ergeben sich folgende inhaltliche Gesichtspunkte:

Der Betreuungsschlüssel von 1 Vollzeitstelle Sozialarbeit für 100 in Unterkünften Lebende bzw. für jeweils 1 dezentrale Einrichtung wird als zu gering eingestuft. Es sei erforderlich diesen Schlüssel an die jeweils aktuelle Situation anhand der gewonnenen Erfahrungen anzupassen.

Der derzeit zugrunde gelegte Betreuungsschlüssel resultiere aus Erkenntnissen von Pro Asyl und Erfahrungen anderer Kommunen. Die Empfehlung von Pro Asyl sieht allerdings kleinere Schlüssel vor.

Aufgrund der erheblichen Anforderungen der Sozialarbeiter/Sozialarbeiterinnen werden Schulungen (z. B. interkulturelle Kompetenz) für unabdingbar gehalten.

Es wird angeregt Bewohner und Bewohnerinnen der Unterkünfte in das neu zu gründende Begleitgremium einzubeziehen. Denkbar wäre für jeden Standort einen Beirat und ein Beschwerdemanagement im Quartier einzurichten.

Ratsherr Sommerfeld hinterfragt die Unterbringung der Flüchtlinge im Anschluss an das

Asylverfahren im Hinblick auf die angespannte Wohnungsmarktsituation. Eine umfangreichere Planung und Baumaßnahmen seien in diesem Zusammenhang unerlässlich.

Für die Integration in den Wohnungsmarkt sei die Bleiberechtsperspektive kein ausschlaggebendes Kriterium.

Nach abgeschlossenem Asylverfahren bestehe grundsätzlich Freizügigkeit hinsichtlich der Wohnraumfrage. Der Mangel an Wohnraum und die kommunale Verpflichtung Wohnungssicherheit zu verhindern führen voraussichtlich dazu, dass ein längeres Verweilen in den Unterkünften notwendig werde.

Spracherwerb durch Ehrenamtliche solle nur als Ergänzung auf niedrigschwelliger Ebene zum Fachpersonal angeboten werden. Die Technische Universität Braunschweig solle aufgrund ihrer Fachkompetenz zukünftig einbezogen werden.

Auf Anfrage teilt die Verwaltung mit, dass der Zugang zum Gesundheitswesen für Flüchtlinge seitens der Kommune sichergestellt sei.

Auf Nachfrage zu den unterschiedlichen Förderfonds im Integrationskonzept für Flüchtlinge wird die Verwaltung Ergänzungen zu den Vorlagen nachreichen.

Nach der inhaltlichen Diskussion zum Integrationskonzept für Flüchtlinge nehmen die Ausschussmitglieder zu den geplanten organisatorischen Veränderungen Stellung:

Ratsherr Sommerfeld stellt die Verlagerung des Büros für Migrationsfragen in eine Abteilung des Fachbereiches für Soziales und Gesundheit in Frage. Er sieht in der Umorganisation eine Schwächung des Sozialreferates, insbesondere auch im Hinblick auf die Aufgaben unter Berücksichtigung des demographischen Wandels. Er spricht sich für eine Stärkung des Sozialreferates durch Zuordnung der entsprechenden Stellen aus. Im Falle einer Umstrukturierung müsste auch eine Einbeziehung des Fachbereiches Kinder, Jugend und Familie erfolgen um die gewünschte Bündelung der Kompetenzen und Ressourcen im Dezernat zu erreichen.

Sie betont, dass durch den Wegfall des Büros für Migrationsfragen keine Schwächung des Sozialreferats erfolge. Sie sieht in der Umorganisation eine Bündelung von Kompetenzen und Ressourcen. Über eine veränderte Zuordnung und Aufgaben des Sozialreferats wurde noch keine Entscheidung getroffen.

Frau Dr. Hanke räumt ein, dass es aufgrund der Eilbedürftigkeit nicht möglich war alle Akteure bei der Erstellung des Integrationskonzeptes für Flüchtlinge im Vorfeld zu beteiligen.

Herr Logosu-Teko erklärt für das Haus der Kulturen Braunschweig e. V. das Einverständnis mit dem vorgelegten Integrationskonzept für Flüchtlinge.

Frau Dr. Hanke weist noch einmal darauf hin, dass das Integrationskonzept für Flüchtlinge einem sich ständig wandelnden Prozess ausgesetzt sei. Sie stellt die inhaltliche Bedeutung der Integration in den Vordergrund und hält die organisatorische Zuordnung für nachrangig.

Ratsherr Wendt weist darauf hin, dass seitens der Ausschüsse keine Möglichkeit der Einflussnahme bestehe, weil Organisationsfragen in die Entscheidungskompetenz des Oberbürgermeisters fallen.

Frau Dr. Hanke kündigt auf Wunsch eine ergänzende Darstellung zu den Integrationsmaßnahmen in den Braunschweiger Sporthallen im Rahmen einer Mitteilung außerhalb von Sitzungen an.

Die CDU-Fraktion und die SPD-Fraktion begrüßen das Integrationskonzept für Flüchtlinge und danken der Verwaltung.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig beschlossen

Ja: 8; Nein: 0; Enth.: 0

4. Mitteilungen

Es liegen keine Mitteilungen vor.

5. Anträge

Es liegen keine Anträge vor.

6. Anfragen**Infrastrukturmaßnahmen im Bereich der LAB**

Die Anfrage wird unter Tagesordnungspunkt 2 behandelt.

6.1. Infrastrukturmaßnahmen im Bereich der LAB**16-01698**

Die Anfrage wird mit der Stellungnahme 16-01698-01 beantwortet.

6.1.1 Infrastrukturmaßnahmen im Bereich der LAB**16-01698-01**

Zur Anfrage der BIBS-Fraktion vom 19. Februar 2016 [16-01698] wird wie folgt Stellung genommen:

Zu Frage 1:

Im Rahmen des ESF-Bundesprogramm zur Eingliederung langzeitarbeitsloser Leistungsrechtfertigter (jobBS) des Jobcenters Braunschweig wird eine Stelle für einen mehrsprachigen Streetworker geschaffen, der im Sozialreferat, Büro für Migrationsfragen mit der Dienst- und Fachaufsicht angesiedelt werden soll. Es handelt sich um niedrigschwelliges Angebot in enger Kooperation mit den Einrichtungen und Initiativen vor Ort. Es ist deshalb geplant mit der Anlaufstelle der Initiative ART am Steinriedendamm eng zusammenzuarbeiten und für die Kontakt- und Informationsarbeit ggf. die vorhandenen Räumlichkeiten zu nutzen. Die Einstellung wird erfolgen, sobald die für die Begleitung des Einsatzes erforderlichen personalen Ressourcen zur Verfügung stehen, die mit der Verabschiedung des „Konzeptes zur Integration von Flüchtlingen“ bereit gestellt werden sollen.

Zu Frage 2:

Wird die Beantwortung der Verkehrs-GmbH zur Kenntnis gegeben:

„Wie in der Anfrage beschrieben hat sich auch aus Sicht der Verkehrs-GmbH die Situation in den Bussen der Linie 416 und 436 in den letzten Monaten wieder entspannt. Dies ist sicherlich einerseits auf den aktuellen Rückgang in der Belegung der LAB zurückzuführen. Die Verkehrs-GmbH hat aber auch im letzten Jahr die Linie 436 auf Gelenkbusse umgestellt um hier mehr Platz für die Fahrgäste anzubieten. Darüber hinaus gibt es tagsüber einen Bereitschaftswagen, der bei plötzlich sehr hohem Fahrgastaufkommen kurzfristig zur Verstärkung eingesetzt wird.“

Neben den oben beschriebenen kurzfristigen Maßnahmen haben die Verkehr-GmbH und der ZGB als Aufgabenträger für den ÖPNV mit dem Land Niedersachsen über Kostenübernahmen zur Flüchtlingsbeförderung bzw. zur Vereinfachung der Zugänge der Geflüchteten zum ÖPNV verhandelt. In einem kürzlich mit dem Land Niedersachsen geschlossenen Vertrag sind sowohl Ausgleichzahlungen für die unentgeltliche Beförderung für die Bewohner der LAB als auch weitere Zahlungen für die Erbringung besserter Verkehrsangebote im Bereich der LAB geregelt.

Diese zusätzlichen Mittel versetzen uns nun in die Lage, deutlich mehr Fahrten im Bereich der LAB und Kralenriede anzubieten. Die Einführung des ausgeweiteten Angebots ist seitens der Verkehrs-GmbH zum 18.03.2016 geplant. Weitere Details zur Angebotsausweitung werden in separater Mitteilung kommuniziert. Mit dem dann verbesserten Verkehrsangebot im Bereich der LAB sollte die Auslastung in den Bussen auch bei erneut steigender Bewohnerzahl in der LAB deutlich entspannen. Die beschriebene Problematik für Senioren mit Rollator sollte dann nur noch in Ausnahmefällen auftreten.“

Zu Frage 3:

„Am 18. August 2015 erfolgte ein Ortstermin am Bienroder Weg. Ziel war es, die Möglichkeiten zur Aufstellung von Mobiltoiletten im Bereich der Supermärkte auszuloten. Im Ergebnis wurden zwei Toiletten in der Nähe der Fußgängerampel weiter südlich aufgestellt. Sie befinden sich damit in der Nähe einer kleinen parkähnlichen Fläche. Die Situation vermittelt noch eine gewisse soziale Kontrolle.“

Die augenscheinlichsten Flächen stehen leider nicht zur Verfügung: Für die Parkflächen der Supermärkte wird es keine Erlaubnis der Eigentümer geben. Aus Sicherheitsgründen wurde auch der Parkstreifen im Vorfeld der Märkte von den Überlegungen ausgeschlossen. Auch die weiteren genannten Flächen stehen aus Eigentumsgründen oder weil eine Gefährdung durch den Straßenverkehr erkannt wurde nicht zur Verfügung.

Die Auswahl eines nicht erlaubten oder eines gefährlichen Standortes schließe ich aus. Im Hinblick auf das schlichte Angebot einer öffentlichen Toilette erscheint ein „Umweg“ von 250 m vertretbar.“

gez.
Merfort
Stellv. Ausschussvorsitzender

gez.
Dr. Hanke
Dezernentin

gez.
Barget
Schriftführerin